

4. Jahreskonferenz der re!source Stiftung am 5. Oktober 2021 in Berlin

Neue Ressourcenpolitik braucht mehr Kreislaufwirtschaft

Die re!source Stiftung erwartet von der kommenden Bundesregierung die Ausrichtung der Ressourcen- und Klimapolitik auf eine echte zirkuläre Transformation der Bau- und Immobilienwirtschaft

Neun Tage nach der Bundestagswahl ermöglichte die re!source Stiftung auf ihrer 4. Jahreskonferenz am 5. Oktober 2021 in Berlin eine unverstellte Positionsbestimmung von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik für Kernbereiche deutscher und europäischer Klimapolitik. Der Diskussionsbedarf der rund 100 Teilnehmenden war groß. Schließlich geht es um nicht weniger als die Weichenstellung für die Transformation der Bau- und Immobilienwirtschaft zu einer Kreislaufwirtschaft mit echter zirkulärer Wertschöpfung und das möglichst zügig, angesichts knapper werdender Rohstoffe und rasant steigender Rohstoffpreise. Innovative Lösungsansätze für einen schonenden Umgang mit Ressourcen gibt es längst und mittlerweile auch den politischen Willen, Rahmenbedingungen zu setzen, die ein koordiniertes und innovatives Handeln zulassen. Einig waren sich daher alle: Die kommende Bundesregierung muss mit ihrer Ressourcen- und Klimapolitik mehr Kreislaufwirtschaft in der Bau- und Immobilienwirtschaft zulassen, damit eine breitenwirksame Umsetzung gelingt.

Ökologisches Umsteuern braucht Kreativität

In seiner Keynote brachte **Dr. Thomas Welter**, Bundesgeschäftsführer beim Bund Deutscher Architektinnen und Architekten, die Maßgabe aus planerischer Perspektive treffend auf den Punkt: „Wenn wir nicht in die Politik eindringen, dann wird sich höchstwahrscheinlich auch nicht viel ändern. Wir brauchen Erzählungen für ein neues Zukunftsbild, die zeigen, wie klimagerechtes und ressourcensparendes Planen und Bauen funktioniert.“ Wenn man sich überlege, fuhr er fort, dass Tausende Einfamilienhäuser in Deutschland relativ konventionell gebaut würden, mit Wärmedämmverbundfassade und Solardach oben drauf, dann wäre das kein klimagerechtes und ressourcensparendes Bauen. Zudem müsse mit dem Bestand anders umgegangen werden. „Wir reißen immer noch viel zu viel ab!“. Stattdessen sei Bauen als materielle Ressource zu begreifen. Zu den Schlüsselfaktoren gehöre, das Materielle und Konstruktive weiterzubauen, das Bestehende zu fördern und bei jeder Betrachtung konsequent die graue Energie in den Fokus zu nehmen. Entschieden plädierte er dafür, das Ausprobieren zu fördern und regte an, fünf Prozent aller öffentlichen Bauinvestitionen zur Finanzierung von Experimenten in klima- und ressourcenangepasste Architektur zu verwenden. Zudem sei es unbedingt notwendig, Baugesetze und Verordnungen dahingehend anzupassen, dass sie Gestaltungsspielräume mit Experimentierklauseln unter einer Gemeinwohlverpflichtung berücksichtigen. Ergänzend dazu bräuchte es verbindliche ökologische Kriterien in Vergabeentscheidungen.

Städte als Rohstoffminen nutzbar machen

Die Wissenschaft entwickelt aktuell Instrumente, damit Städte künftig als Rohstoffminen nutzbar sind. Einen wesentlichen Beitrag dazu leistet der „Urban Mining Index“, den **Prof. Dr.-Ing. Anja Rosen**, Honorarprofessorin für zirkuläres Bauen an der Bergischen Universität Wuppertal und Geschäftsführerin der energum GmbH, vorstellte. Das von ihr entwickelte Planungs- und Bewertungsinstrument ermöglicht Architekten, Gebäude so zu planen oder zu sanieren, dass recyclingfähige Materialien verwendet werden können. „Erstmals wird der selektive Rückbau schon in der Planungsphase berücksichtigt und die Möglichkeiten des selektiven Rückbaus werden bewertet“, so die Wissenschaftlerin. Die Bauindustrie behauptete zwar immer, die Recyclingrate in Europa läge bereits bei über 80 Prozent. Allerdings handele es sich dabei mitnichten um echtes Recycling, weshalb tunlichst zwischen den verschiedenen Stufen der Qualitätsnachnutzung zu unterscheiden sei. Beispielsweise würden mineralische Baustoffe wie Beton oder Mauerwerk gebrochen und zur Verfüllung genutzt oder landeten im Straßenbau. Diesen Wertverlust könne man sogar monetär beziffern, wenn man bedenke, dass eine Tonne Beton 130 Euro koste und für die Tonne eines Recyclingbaustoffes nur 8 bis 10 Euro zu zahlen wäre. Das Ziel müsste deshalb sein, möglichst hochwertige Verwendungswege zu finden, wofür der Index die Systematik biete.

Dass es bis zur systematischen Bewirtschaftung von Ressourcen im Bauwesen noch ein sehr langer Weg ist, zeigte **Prof. Dr.-Ing. Sabine Flamme**, Professorin für Ressourcenmanagement an der FH Münster, am Beispiel von „R2Q – RessourcenPlan im Quartier“. Das Forschungsprojekt untersucht derzeit exemplarisch das Materiallager sowohl im Hoch- als auch im Tiefbau in zwei Quartieren in Herne. Entwickelt werden soll ein Planungs- und Bewertungsinstrument, mit dem für Kommunen eine systematische, effiziente und methodenorientierte Bewirtschaftung von Ressourcen im Quartier möglich ist. Das Potenzial ist riesig: Allein die mineralischen Fraktionen verzeichnen jährlich einen Zuwachs von rund 550 Millionen Tonnen, während die Entnahme bei nicht einmal der Hälfte liegt. „Wir haben in allen Bauwerken große Rohstoffquellen. Das Problem ist, dass wir keine ausreichende Dokumentation der dort verbauten Materialien haben“, stellte die Wissenschaftlerin fest. Das Projekt leistet hier wertvolle Pionierarbeit, indem es Daten aus den Katasterämtern in digitalisierter Form mit GIS-Informationen und Materialkennwerten kombiniert, um daraus die Verfügbarkeit von Materialien abzuleiten. Idealerweise entsteht mit der Zeit ein dynamisches Kataster flächendeckend für ganz Deutschland.

Mehr branchenübergreifende Vernetzung ist nötig

Ob das Neue Europäische Bauhaus die notwendigen Impulse für die zirkuläre Transformation der Bau- und Immobilienwirtschaft geben kann, dazu gab es höchst unterschiedliche Ansichten. **André Hempel**, Referatsleiter nachhaltiges Bauen beim Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI), skizzierte zunächst den europäischen gesetzgeberischen Kontext, vom Green Deal

bis zur Gebäuderichtlinie, in dem sich das Projekt bewegt, um dann zur Achillesferse des Ganzen zu kommen: „Alle Legislativvorhaben gehen immer noch davon aus, dass wir den Gebäudesektor, so wie er national und auf der EU-Ebene im Klimaschutzgesetz definiert ist, sehr eng betrachten und zwar in einer Art und Weise, dass nur die direkten Emissionen betrachtet werden.“ Dann dürfe es nicht wundern, dass die Konferenzthemen nicht auf der großen politischen Bühne vorkämen, wenn es um Klimaschutz ginge. Durch das Neue Europäische Bauhaus könnte altes Denken aufgebrochen werden. Die Mitgliedsstaaten wären gefordert, sich mit Projekten und Instrumenten einzubringen, um voneinander zu lernen.

Die Perspektive der Wohnungswirtschaft brachte **Dr. Christian Lieberknecht**, Geschäftsführer beim Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, mit in die Diskussion ein. Seine Organisation vertritt die Interessen von rund 2.000 Wohnungsgenossenschaften, etwa 750 städtischen Wohnungsgesellschaften sowie kirchlichen und privatwirtschaftlichen Unternehmen. Die Branche ist äußerst heterogen. Einerseits gibt es kleine Genossenschaften mit nicht einmal 50 Wohneinheiten in ländlichen Regionen. Andererseits zählen börsennotierte Konzerne wie Vonovia und Deutsche Wohnen mit Tausenden meist in Ballungszentren gelegenen Wohnungen dazu. Zudem bestünden gravierende Unterschiede hinsichtlich der Leerstände und des Mietniveaus, was sich auf die Investitionsmöglichkeiten in Klimaschutzmaßnahmen auswirke, gab der Verbandsvertreter zu bedenken. Mit der in 2020 gegründeten Initiative „Wohnungswirtschaft 2050“ möchte man vielen Wohnungsunternehmen das notwendige Wissen zugänglich machen, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Ob Impulse vom Neuen Europäischen Bauhaus für mehr Ressourcen- und Klimaschutz ausgehen könnten, bleibe abzuwarten. Denn sämtliche Dinge, die zu tun wären, seien seit vielen Jahren bekannt. Getan hätte sich indes wenig. Wichtig wäre, sich branchenübergreifend wesentlich stärker zusammenzuschließen und gemeinsam an Zielen zu arbeiten.

Auch **Annelie Casper**, stellvertretende Geschäftsführerin der German Facility Management Association, sprach sich für eine deutlich engere Zusammenarbeit der am Bau und am Gebäudebetrieb Beteiligten unter dem Dach des Neuen Europäischen Bauhauses aus. Denn gerade einmal 12 bis 15 Prozent des Gebäudelebenszyklus macht die Herstellung aus, die restliche Zeit entfällt auf die Nutzung. Der Schwerpunkt müsse daher auf der Bestandsoptimierung liegen, also dort, wo die Primärenergieverbräuche entstünden. Sechs Hebel stellte sie dazu vor: Gebäudehülle, -technik, -versorgung und -nutzung sowie Datennutzung und -management, Mobilität und Ressourcen. „Wir müssen sehen, dass die Erfahrungen aus dem Lebenszyklus in die Planung mit einfließen und nutzerfreundliche, positive Lebensräume entstehen.“ Überdies hält sie neue Aufgaben und Dienste für denkbar, etwa Shared Services oder solche aus dem Bereich New Work.

Welche Chancen digitale Technologien für die Ressourcenwende im Bauwesen bieten, zeigte **Prof. Dr.-Ing. Markus König**, Inhaber des Lehrstuhls für Informatik im Bauwesen an der Ruhr-Universität Bochum. Eines stellte er zu Beginn klar: „Im Zuge von Corona wurde viel diskutiert. Es wurden

Web- und Videokonferenzen weiterentwickelt, es gab digitale Endgeräte und vieles mehr. Aber in die Innovationen, die es wirklich braucht, um etwa Partizipation zu ermöglichen, Kooperation zu erreichen oder Simulationen darzustellen, wird nur wenig investiert.“ Sicher könnte Digitalisierung nicht alles lösen. In jedem Fall bietet sie aber Dokumentationsmöglichkeiten. „Denn wir brauchen Dokumentation. Und wir müssen das Ganze nicht nur in der Planung machen, wo BIM gerade eingeführt wird, sondern auch in der Bau- und Betriebsphase.“ Eine Lösung zur Beschreibung von Bauprodukten könnten „Universal Types“ sein. Darüber hinaus wären Datenbanken erforderlich, um Informationen zentral verfügbar zu haben. Derzeit arbeitet die sogenannte „Gaia-X“-Initiative an einer europäischen Cloud. Jedoch reicht es nicht, nur zu erfassen. Ebenso dringend nötig wäre mehr Initiative im Hinblick auf Standardisierung.

Ohne radikal veränderte Produktionsmuster geht es nicht

Dass es bei Absichtserklärungen und dem Verharren im Kleinklein nicht länger bleiben kann, sollen die ökologischen Belastbarkeitsgrenzen der Erde nicht noch weiter überschritten werden, machte **Dr. Monika Dittrich** vom ifeu - Institut für Energie- und Umweltforschung in ihrem Vortrag über planetare Grenzen deutlich. Das Konzept der planetaren Grenzen formulierten 2009 etwa 30 internationale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler um Johan Rockström vom Stockholm Resilience Centre. Als planetare Grenzen werden ökologische Grenzen der Erde bezeichnet, deren Überschreitung die Stabilität des Ökosystems und die Lebensgrundlagen der Menschheit gefährdet. Dazu zählen Klimawandel, neue Substanzen und modifizierte Lebensformen, Ozonverlust in der Stratosphäre, Aerosolgehalt der Atmosphäre, Versauerung der Meere, biogeochemische Kreisläufe, Süßwassernutzung, Landnutzungswandel sowie die Intaktheit der Biosphäre. Im Rahmen einer Vorstudie für das Umweltbundesamt untersuchte die Wissenschaftlerin die Auswirkungen diverser Prinzipien auf die Frage der Rohstoffgrenzen für Deutschland. Welche Konsequenzen hätte zum Beispiel die Anwendung des Prinzips der Gleichheit oder das der Souveränität für eine mögliche Rohstoffverteilung hierzulande? Die Antworten sind so frappierend wie komplex: „Wenn wir sagen, wir nehmen die historische Verantwortung ernst, dann muss man natürlich überlegen, ob man ab dem Zeitpunkt der Industrialisierung rechnet, also ab 1850 oder erst ab 1950. Je nachdem kommt entweder mehr oder weniger Budget heraus. Rechnet man die Zeitspanne länger, wäre das Budget von Deutschland bereits aufgebracht.“ Ginge man nach dem Gewohnheitsrecht, komme wiederum eine sehr viel höhere Zahl heraus. Der Hauptgrund für die nicht eindeutige Quantifizierung sind fehlende normative Werte, die entscheiden, welche planetare Grenze als Maßstab dient. „Nehmen wir die, die schon überschritten ist oder die, die als nächstes überschritten wird?“. Dahinter stünden Werturteile, die von der Gesellschaft oder von der Politik gefällt werden müssten. Die Wissenschaft könne das nur durchrechnen und die Konsequenzen aufzeigen. Ohne radikale Veränderungen in Konsum- und Produktionsmustern, und das betreffe unbedingt auch das Bauen, dürfte Deutschland seine Grenzen innerhalb der planetaren Grenzen sehr bald überschreiten, wenn es sie nicht schon überschritten habe, je nachdem, wie man die historische Verantwortung sehe, mahnte sie.

Viel wäre möglich, aber zu wenig wird getan

Mit Blickrichtung auf die Politik waren auch die von **Dr. Katrin Ostertag** vom Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung aus Karlsruhe und **Dr. Klaus Jacob** vom Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaften an der FU Berlin formulierten Überlegungen für mögliche ökonomische Politikinstrumente zur Ressourcenschonung. Die beiden widmeten sich den Auswirkungen einer Verfüllsteuer auf die Verwertungslinie von Bauabbruchabfällen und den Effekten einer CO₂-Steuer auf den Einsatz von Zement. Beispiel Eins entspricht praktisch einer Kippgebühr, die anfällt, wenn Bauschutt deponiert wird. „Denkbar wäre die Entrichtung einer generellen Abgabe von 10 Prozent, die wie die Mehrwertsteuer auf den Preis aufgeschlagen wird. Kommt es zur Deponierung von Material, das besser wiederverwendet werden kann, wären 25 Prozent fällig“, erläuterte Dr. Ostertag ihre Idee. Steuerpflichtig sei der Entsorger, also der Eigentümer der Fraktion. Da es in Deutschland nur rund 2.000 Anlagen gebe, hielte sich der Aufwand in Grenzen. Einerseits dürfte so die Nachfrage nach recycelter Gesteinskörnung und nach Ingenieurdienstleistungen steigen. Andererseits könnte der primäre Rohstoffsektor voraussichtlich einen Nachfragerückgang verzeichnen. Bezüglich der Effekte einer CO₂-Steuer auf die Zementherstellung ist die Situation nicht ganz so einfach, da die Emissionen seit 20 Jahren in etwa gleich sind. „Was eigentlich nötig wäre, wären grundsätzlich andere Technologien; denn mit den bisherigen kann man nicht wirklich besser werden“, gab Dr. Jacob zu bedenken. Alternative Bindemittel müssten entwickelt werden, die weniger CO₂ emittierten. Allerdings bleibe dann immer noch fraglich, was mit den restlichen CO₂-Emissionen passiere. Ideal sei eine Steuer, die nach Art der Herstellung unterscheide. Nur wäre das nicht möglich, da man nicht sehe, wenn es sich um grauen Zement handelt. Also braucht es andere Instrumente. Aktuell von der Bundesregierung in Vorbereitung seien erhebliche Subventionen, die als „Contract for Differences“ bezeichnet würden. Hierbei könnten Hersteller ihre Aufwendungen und ihre zusätzlichen Betriebskosten entschädigen. Überlegenswert sei darüber hinaus die Erhebung einer Verbrauchssteuer auf Zement, deren Höhe sich nach den Schadenskosten richte, die das CO₂ verursache. Überdies käme der Emissionshandelsmarkt in Betracht, um daraus die Höhe der Steuer abzuleiten. „Weiterhin könnte man probieren, die Steuer genauso hoch anzusetzen, wie die Umstellung braucht, also sozusagen aufkommensneutral steuern.“ Trotzdem bleibe offen, ob tatsächlich mehr Häuser aus Holz gebaut würden, wenn Zement teurer wäre oder ob Straßen eher mit Bitumen gedeckt würden als mit Zement. Das Skizzierte der Verbrauchssteuer sei daher nur als Teil umfassender Maßnahmen zu begreifen, die dann alle Aspekte berücksichtigen. Schlussendlich kamen die Wissenschaftler zu dem Ergebnis, dass die Potenziale bei Weitem nicht ausgeschöpft sind, obwohl Vieles möglich wäre.

Der Zukunft einen Schritt voraus

Während die Politik noch vieles im Konjunktiv formuliert, schaffen die Mitglieder der re!source Stiftung eindrucksvolle Fakten: Für **Dr. Jan Wenker**, Projektleiter der Brüninghoff Unternehmens-

gruppe, kann ein Bauunternehmen künftig nur dann dauerhaft erfolgreich sein, wenn es Nachhaltigkeit in seiner Firmenphilosophie fest verankert hat. Dies gilt um so mehr, wenn es sich um ein produzierendes Unternehmen handelt, das unter anderem ressourcenintensive Stahlbauteile vorfertigt. Um bestens für eine umweltschonende und klimafreundliche Zukunft gerüstet zu sein, investiert das familiengeführte Bauunternehmen mit ungefähr 600 Mitarbeitenden aktuell in ein neues Betonfertigteilwerk, welches Bauteile in zukunftsweisender Technologie dergestalt herstellt, dass Recycling-Beton entsprechend den normativen Regularien im Serienbetrieb einsetzbar ist, unabhängig davon, ob der Kunde danach verlangt oder nicht. „Darüber hinaus arbeiten wir zur Zeit sehr intensiv an CO₂-mindernden Betonrezepturen.“ Neues wagt das Bauunternehmen auch beim sogenannten „Forscherhaus“, ein zweigeschossiger Holzbau, der einst als Demonstrationsmodell für Schallschutztest diente und jetzt als gelungener Re-use-Selbstversuch die benötigten Kapazitäten für Konferenz- und Besprechungsräume bietet.

Einen Einblick in Circular Engineering gab **Judith Busa**, Projektmanagerin bei der EPEA GmbH – Part of Drees & Sommer, mit der Projektpräsentation von „Moringa“, dem ersten Wohnhaus Deutschlands, das nach dem Cradle-to-cradle-Prinzip derzeit in der Hamburger HafenCity entsteht. „Unser Ziel ist, nicht nur effizient, sondern mit Cradle-to-cradle auch effektiv zu sein, damit wir energiepositive und recyclingfähige Gebäude bauen.“ Die Voraussetzung dafür sei eine neue Planungsdisziplin, denn konventionelle Gebäude könnten nicht als Rohstofflager dienen, da man nicht wisse, was wo in welcher Qualität und Menge verbaut sei. Anders bei einem Cradle-to-cradle inspirierten Gebäude: Hier dokumentiert ein Materialpass alle Baustoffe nach Menge, Materialität und Qualität, anhand dessen sie sich identifizieren und im Kreislauf führen lassen. In der frühen Planungsphase habe man sich die Materialien überlegt und wie die Bauteile recyclingfähig sind. Beispielsweise gibt es eine Grünfassade, die komplett zerstörungsfrei demontierbar und sortenrein trennbar ist, genauso wie die Keramikfassade. Zudem lassen sich die Vollholzwände vollständig wiederverwenden. Auch die Rückbaubarkeit der Konstruktion stand im Fokus. Wichtigste Prämisse für alle Entscheidungen sei die nachweisliche Materialgesundheit, denn ohne gesunde Materialien habe man kein Rohstofflager. Mit einem ganzheitlichen Konzept lassen sich Gebäude als Rohstoffdepot ganz einfach planen. Man muss es nur machen.

In den „Maschinenraum“ von Beton nahm **Michael Scharpf** von der Holcim Deutschland GmbH die Teilnehmenden mit. Angesichts von rund 40 Prozent Beton und insgesamt ungefähr 90 Prozent mineralischen Baustoffen, aus denen Bauwerke bestehen, könnte man meinen, wir säßen auf einem Rohstofflager, so der Experte. Dem ist allerdings keineswegs so. Denn abgesehen davon, dass dazu das Mindset fehle, gebe es konkurrierende Nutzungen, so dass diese Reserven nicht im Blick seien. „Dabei ist die industrielle Aufbereitung von Recycling-Beton möglich. Sie muss nur in breiter Form etabliert werden. Auch die Qualitätskontrolle durch Zertifikate ist gelebte Praxis.“ Holcim hat zwei verschiedene Materialien, die für Beton eingesetzt werden: Sogenanntes Typ 1-Material, das einen Recyclinganteil aus Betongranulat von mindestens 90 Prozent aufweist und technologisch normativ höherwertig ist, aber eben diesen hohen Anteil haben muss, und Typ 2-

Material, das einen geringeren Anteil von Betongranulat hat, dafür einen höheren Anteil an Mischgranulat beinhaltet. Die Crux: Es ließe sich mehr Recycling-Beton herstellen, wenn auch Feinanteile in einer Größe kleiner als 2 Millimeter in einem deutschen Recycling-Beton verwendet werden dürften, wie es in der Schweiz oder den Niederlanden üblich ist. Deshalb müssten die Richtlinien des Deutschen Ausschusses für Stahlbeton entsprechend angepasst werden. Auch bei den zulässigen Druckfestigkeitsklassen seien andere Länder weiter. „Wir haben enormen Handlungsdruck. Zumal das Thema in einer höheren oder jedenfalls in der gleichen Kategorie spielt wie CO₂ oder Klimaschutz.“ Überdies gebe es noch viele Dinge, die man technologisch machen könne. Dass rezyklierter Beton auch in gestalterischer Hinsicht überzeugt, demonstrierten ein damit gebautes Mehrfamilienhaus und ein Schulgebäude, bei dem 6.000 Kubikmeter Recycling-Beton und 30 Prozent Bauabbruch zum Einsatz kamen, wodurch 3.000 Tonnen Primärmaterial gespart und 200 Lkw-Ladungen Bauschutt vermieden wurden.

Camila Vargas, Leiterin des Marketings und Vertriebs der GeoClimaDesign AG, stellte mit dem BLUEMAT-Kapillarrohrsystem eine zukunftsweisende Lösung zum ressourcenschonenden Heizen und Kühlen im Gebäudebestand vor. „Das Konzept setzt auf den Einsatz von Niedertemperatur-Flächenheizsystemen in Verbindung mit der Wärmepumpe.“ Zur Firmenphilosophie gehört, die aus Polyethylen bestehenden Matten nicht auf Lager zu produzieren, sondern individuell für jedes Projekt, wodurch weniger Abfall anfällt. Eingesetzt wurde das System bei der umfassenden Sanierung eines denkmalgeschützten Gutshofs in Brandenburg, dessen Energieverbrauch sehr hoch war. Als Option kamen Geothermie, Solarthermie, Photovoltaik und Abwärme in Betracht. Letztlich entschied man sich für Geothermie, installiert wurden vier 22 Kilowatt Sole-Wasser-Wärmepumpen, sowie eine Deckenheizung und Kühldecke in einem Produkt, verlegt in Trockenbauweise. So gelang es, den Primärenergiebedarf um rund ein Fünftel zu senken. Damit ein Flächenheizsystem tatsächlich Ressourcen schont, müssten einige Bedingungen erfüllt sein: „Zum einen muss es rückbaubar sein, was eine bestimmte Verlegetechnik voraussetzt; zum anderen muss es recyclingfähig sein, was homogene Materialien verlangt.“ Zugleich sollte das System wartungsarm und insbesondere technologieoffen sein, damit jede Wärmepumpe einsetzbar sei und dauerhaft ein energiesparender und ressourcenschonender Betrieb möglich sein.

Vom Reden ins Handeln kommen

Im anschließenden von **Dr. Bernd Weber**, Gründer und Geschäftsführer von EPICO Klima-Innovation, moderierten politischen Diskurs wurde deutlich, dass der Wille für die Neuausrichtung der Ressourcen- und Klimapolitik auf eine echte zirkuläre Transformation der Bau- und Immobilienwirtschaft bei den möglichen Koalitionspartnern durchaus vorhanden ist und die re!source Stiftung ihre Forderung zum richtigen Zeitpunkt formuliert. „Was wir jetzt nicht in den Koalitionsvertrag hineinschreiben, wird schwierig in den nächsten vier Jahren umzusetzen“, sagte **Timon Gremmels**, MdB und Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie der SPD-

PRESSEINFORMATION

6. Oktober 2021



Bundestagsfraktion. Der Dreiklang aus Beratung, Förderung und ordnungsrechtlichen Maßnahmen müsse den Koalitionsvertrag schmücken. Hier einen sinnvollen Ausgleich zu finden, sollte die Brücke für Koalitionsverhandlungen mit der FDP und den GRÜNEN sein. Nach Ansicht von **Dr. Lukas Köhler**, MdB und Sprecher für Klimapolitik der FDP-Bundestagsfraktion braucht es ein viel größeres Denken bei Ressourcen: „Eigentlich müssen wir darüber nachdenken, wie wir alles in Kreisläufen führen können.“ Dazu müsse eine kluge Differenzierung zwischen Markt und Ordnungsrecht gefunden werden. Auf eine umsichtige politische Konzeption wies auch **Dr. Thomas Gäckle**, Unterabteilungsleiter für Rohstoffpolitik im Bundeswirtschaftsministerium hin: „Man hat unterschiedliche Akteure auf europäischer, nationaler und Länderebene. Diese Akteure auf ein gemeinsames Ziel einzuschwören, ihre Initiative abzustimmen, ist eine enorm wichtige Aufgabe.“ Zumal die mit der Kreislaufwirtschaft verbundenen Ziele nicht ohne Weiteres konform wären wie die Klimaschutzziele. **Rolf Brunkhorst**, Vorstand der re!source Stiftung, warnte angesichts der Erfahrung von jahrzehntelangen Debatten um die Gestaltung der Energiewende davor, über die Ressourcenwende ebenfalls endlos zu diskutieren: „So viel Zeit haben wir bei den Ressourcen nicht!“. Bereits heute drohe, wie in manchen Vorträgen zu hören gewesen wäre, Ressourcenknappheit, wenn sie nicht schon da sei und zum Wirtschaftsfaktor werde. Er plädierte dafür, schnellstmöglich über die Rahmenbedingungen für die Ressourcenwende übereinzukommen, damit die Wirtschaft Planungssicherheit für die nächsten Jahre bekommt und Möglichkeiten, mit Recyclingbaustoffen zu arbeiten.

Ansprechpartner für die Presse:

re!source Stiftung e.V.
Schlüterstraße 40, 10707 Berlin
Dr. Irene Hallof
030 34647968
info@re-source.com
www.re-source.com

re!source Stiftung e.V.

Die re!source Stiftung e.V. ist eine unabhängige Allianz mit Mitgliedern aus Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft und Politik. re!source entwickelt gemeinsame Ziele, Strategien und Prozesse zur Ressourcenschonung in der Bau- und Immobilienwirtschaft und kommuniziert diese an relevante Zielgruppen, insbesondere auch in Richtung Politik, Ministerien und Kommunen. Ausgangspunkt bildet die Erkenntnis, dass aufgrund begrenzter Ressourcen ein Vorgehen wie bisher auf Dauer weder ökonomisch, ökologisch noch sozial verträglich möglich sein wird. re!source möchte daher eine nachhaltige Nutzung der Ressourcen durch Umsetzung einer echten zirkulären Wertschöpfung in der Bau- und Immobilienwirtschaft erreichen. Zugleich trägt sie zur kommunikativen Aufklärung des Themas in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bei.